

1 Beschlussvorlage zu TOP 6

2

3 Umbenennung von Straßennamen in Völklingen

4

5 Eine kritische Auseinandersetzung mit den Gräueln und Konsequenzen des deutschen Imperialismus
6 und Kolonialismus ist, genauso wie eine derartige Auseinandersetzung mit denen des
7 nationalsozialistischen Regimes, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe der wir uns als
8 Sozialdemokratische Partei Deutschlands verpflichtet fühlen. Dieses Selbstverständnis fußt auf
9 unseren Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und zeigt sich auch in unserem
10 Umgang mit den Opfern des Kolonialismus und des NS-Regimes, denen wir uns in unserem politischen
11 Handeln solidarisch zeigen möchten auch wenn es ihnen die geraubte Freiheit nicht zurückbringt und
12 die zugefügte Ungerechtigkeit nicht ungeschehen macht. Im Umkehrschluss bedeutet das für uns im
13 Umgang mit den Tätern diese nicht zu erheben oder verklären, sondern sie als Teil einer Geschichte,
14 aus der es auch heute noch zu lernen gilt, kritisch zu betrachten.

15 Daher beschließt der SPD-Gemeindeverband Völklingen folgende Punkte:

- 16 • Die Benennung von Straßen, Plätzen oder anderen benannten Untereinheiten öffentlicher
17 Gebietskörperschaften nach Tätern* aus der Kolonialzeit und der NS-Zeit wird abgelehnt.
- 18 • Auf eine Umbenennung von nach Tätern* aus der Kolonialzeit und der NS-Zeit benannten
19 Straßen, Plätzen oder anderen benannten Untereinheiten öffentlicher Gebietskörperschaften
20 innerhalb der Stadt Völklingen wird politisch hingearbeitet.
- 21 • Eine Beurteilung, ob die Straßen, Plätze oder andere benannten Untereinheiten öffentlicher
22 Gebietskörperschaften umbenannt werden sollen muss in Zusammenarbeit mit unabhängigen
23 Historikern ein Tatbestand der namensgebenden Person festgestellt werden.
- 24 • Um den Prozess der Umbenennung transparent zu gestalten sollen jeweils in öffentlicher
25 Sitzung Ortsräte zu den Sachverhalten vorberaten und der Stadtrat abschließend entscheiden.
- 26 • Bei der Umbenennung der betroffenen Straßen sind die betroffenen Bürger*innen in Form
27 von kooperativen Beteiligungsformen gemeinsam mit den Ortsräten einzubeziehen (z.B.: in
28 Form einer Bürger*innenwerkstatt).
- 29 • Eine Umbenennung soll mit minimalem Aufwand und Kosten für Anwohner*innen umgesetzt
30 werden